



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Maßgeblich und Unmaßgebliches

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Maßgebliches und Unmaßgebliches

### Reichs Spiegel

„Es gelingt nichts mehr.“ Das einst von der Germania, wenn nicht von Windthorst selber, gegen den Fürsten Bismarck gerichtete Schlagwort wird von einem angeblich nationalliberalen Blatte gegen den Grafen Bülow aufgewärmt. Woher weiß denn die Redaktion so genau, was gelingt und was nicht gelingt? Es sei hierbei daran erinnert, daß im Jahre 1889 das Schlagwort „Bismarck wird alt“ gleichfalls von nationalliberaler Seite ausging. Es hatte einen seitdem verstorbenen süddeutschen Abgeordneten zum Urheber und fand seinen Weg in die nationalliberale Presse just um die Zeit, wo allerlei Hände eifrig an der Arbeit waren, dem ersten Reichskanzler den Stuhl von hinten wegzuziehen. Da ein Schlagwort „Bülow wird alt“ nicht gut formuliert werden kann, so eignet sich das nationalliberale Blatt die Windthorst'sche Parole an, durch die seinerzeit vom Zentrum gegen Bismarck Stimmung gemacht wurde! Zur Kritik genügt es, diese Tatsache festzustellen.

Zu den Dingen, „die nicht gelingen,“ soll zu allererst die Kanalvorlage gehören. Ob sie nicht gelingen wird — bleibe doch erst abzuwarten! Graf Bülow würde die Position der Regierung in der Kanalfrage vielleicht sehr erleichtern, wenn er den Konservativen Zugeständnisse machen wollte, die zwar auf ganz andern, sachlich davon aber doch nahe berührten Gebieten liegen, den Liberalen jedoch voraussichtlich weniger gefallen würden. Preußen hat schon so oft mit seinen innern Angelegenheiten die Kosten der Reichspolitik tragen müssen, daß auch einmal umgekehrt die preußischen Kanalschwierigkeiten durch Konzessionen auf dem Reichsgebiet, dem der Handelsverträge, gehoben werden könnten. Da die Konservativen die Kanalvorlage überwiegend aus wirtschaftlichen Gründen, d. h. wegen der befürchteten Erleichterung der Einfuhr fremden Getreides, beanstanden, so läge der Gedanke nahe genug, ihnen gerade in dieser Hinsicht noch Kompensationen außerhalb des Zolltarifs zu gewähren. Graf Bülow hat diesen Weg im Interesse des Zustandekommens der Handelsverträge bisher nicht beschritten; wenn er trotzdem von liberalen Blättern befehdet wird, so verdient die einer solchen Logik zugrunde liegende Konfusion alle Bewunderung.

Das selbe gilt von den Klagen über die Verzögerung der Verhandlungen mit Österreich-Ungarn, an denen der „agrarische“ Zolltarif die Schuld tragen soll. Die Regierungen von Österreich und Ungarn, namentlich die letzte, sind eben erst mit ihren Vorberatungen zu Ende gekommen, und nach Pfingsten sollen ihre Unterhändler in Berlin eintreffen. Die Verzögerung liegt also durchaus nicht auf deutscher Seite. Ein Bestreben, das dahin geht, die Reichsregierung im Sinne einer einfachen Verlängerung der Caprivischen Handelsverträge zu beeinflussen, hat freilich keinerlei Aussicht auf Gelingen. Jeder ist sich selbst der nächste, und auch Staatssekretär von Marschall hatte seinerzeit keinen Zweifel daran gelassen, daß er den Vertrag mit Österreich-Ungarn als einen für Deutschland ungünstigen ansähe. Es war dies der Grund, weshalb damals die weitere Leitung der Handelsvertragsverhandlungen aus dem Reichsamt des Innern in das Auswärtige Amt verlegt wurde. Von einer einfachen Verlängerung des Vertrags mit Österreich-Ungarn kann deshalb gar keine Rede sein, das hat man auch in Wien und in Pest durchaus begriffen, und die Verlängerung wird dort gar nicht verlangt. Wenn es dagegen in Deutschland Leute und Zeitungen gibt, die österreichischer und ungarischer als die dortigen Regierungen und die dortigen Interessentenkreise sind, so kann ein solches Gebaren höchstens die praktische Wirkung haben, Deutschlands Stellung in den jetzt beginnenden Verhandlungen zu erschweren. Mit den Ländern, deren Regierungen ihre Vorarbeiten frühzeitig beendet hatten, sind wir schon zum Abschluß gelangt; es sind dies — falls die Zeitungsnachrichten richtig sind — Italien, Belgien und wohl auch Rumänien. Der Vertrag mit Österreich-Ungarn wird kaum bedenkliche Schwierigkeiten bieten. Rußland wird gegenwärtig von andern Sorgen

und Interessen beherrscht als von Handelsverträgen, zumal da doch der Ausgang des Krieges für die nächste wirtschaftliche Zukunft des Zarenreichs maßgebend bleiben wird. Auch mit Rußland darf einem nicht unbefriedigenden Abschluß mit berechtigter Zuversicht entgegengesehen werden. Die Handelsverträge werden demnach, ungeachtet aller Schwierigkeiten, die in Deutschland selbst gemacht und in der deutschen Presse vertreten werden, voraussichtlich „gelingen.“

Je mehr wir überzeugt sein dürfen, daß im Auslande alle Anzeichen einer Schwäche Deutschlands sorgfältig registriert werden, und daß sie in der Politik der einzelnen Mächte nicht ohne Einfluß bleiben, desto sorgfältiger sollte sich die deutsche Publizistik vor der Propagierung eines angeblichen häuslichen Kagenjammers hüten. Weit davon entfernt, in Abrede zu stellen, daß unsre innere Lage mancherlei Anlaß zu recht ernsten Betrachtungen bietet, glauben wir doch, daß diese Anlässe zum Teil ganz wo anders liegen, als wo sie in der Regel gesucht werden; sie sind in der Presse überhaupt nicht, am wenigsten mit inhaltlosen Phrasen und aufgewärmten Schlagwörtern, zu erschöpfen. Daß die Reichsmaschine zeitweise in einem Zustande ist, der beinahe einem Versagen gleichkommt, kann man leider nicht in Abrede stellen, ebensowenig aber auch, daß die Ursache zum größten Teile bei dem Reichstag und seiner heutigen Zusammensetzung liegt. Das vielgepriesene Abhilfemittel der Diäten kann da nichts mehr bessern, es würde vielleicht das Übel nur verschlimmern. Das englische Unterhaus hat einen Diätenantrag soeben abgelehnt, und die große Mehrheit der deutschen Bundesregierungen ist für eine solche Abänderung der Reichsverfassung zugrunde liegenden Verträge überhaupt nicht zu haben. Wenn die Reichsverfassung in so einschneidender Weise geändert werden soll, dann darf es nicht durch eine so einseitige Maßnahme geschehen, die nicht die geringste Bürgschaft des Erfolges bietet. Deutschland muß es noch durch eine oder zwei Legislaturperioden mit dem jetzigen Wahlrecht ohne jede weitere Konzession an die Herrschaft des allgemeinen Stimmrechts versuchen. Akademische Betrachtungen über dessen Wert oder Unwert werden sich ja immer wiederholen, aber zu einem praktischen Ergebnis zunächst nicht führen.

Entweder rafft sich unser Volk auf und schafft sich eine andersgeartete Vertretung — und das wäre jedenfalls das erwünschtere —, oder diese Art von Parlamentarismus erweist sich auf die Dauer als Unmöglichkeit, namentlich in Verbindung mit der nivellierenden und die Massen immer fester organisierenden sozialpolitischen Gesetzgebung — dann, aber erst dann wird es an den Regierungen sein, in Erwägungen über eine unabweisliche Abhilfe einzutreten und über die dazu geeignetsten Mittel zu beraten. Bis dahin sind alle publizistischen und auch alle parlamentarischen Erörterungen dieses Gegenstandes rein akademischer Natur. Dann auch erst kann die Frage praktische Bedeutung haben, ob die Reichsverfassung die Bundesverträge, die ihr zugrunde liegen, ersetzt oder nur ergänzt und nach der formalen Seite hin ausgebildet hat. Träte je der Fall ein, daß die verbündeten Regierungen überzeugt wären, mit dem jetzigen Reichswahlrecht könne ohne ernste Gefährdung des Reiches nicht weiter gewirtschaftet werden, so würden sie ja die Abhilfe doch zunächst durch Vorlagen an den Reichstag versuchen. Erst wenn dieser versagte, und auch von Neuwahlen auf Grund des bisherigen Systems keine Besserung zu erwarten wäre, würden die Regierungen auf den Bundesvertrag, als auf die Rechtsquelle des Deutschen Reiches, zurückgreifen müssen. Hoffentlich kommt es dazu nie, aber der Gedanke selbst ist an sich unanfechtbar.

Die Publikationen des frühern badischen Gesandten in Berlin, Jagemann, der seine im letzten Winter als Professor in Heidelberg gehaltenen Vorlesungen über die deutsche Verfassung und das deutsche Verfassungsrecht der Öffentlichkeit übergeben hat, berühren ebenfalls den Punkt des Bundesvertrags. Herr von Jagemann stellt fest, daß die Reichsverfassung aus dem Bundesvertrage hervorgegangen, und daß der Bund ihre Voraussetzung sei, der Bund aber sei durch Vertrag der Regierungen auflösbar. Die Professoren Zellineck und Anschütz, Heidelberger

Kollegen des Herrn von Jagemann, haben hiergegen Stellung genommen. In gewissem Sinne mit Recht, denn der Bund ist ausdrücklich als ein „ewiger“ geschlossen worden. Der Bundesvertrag ist mithin so wenig auflösbar wie das Deutsche Reich, folglich hört auch nicht der Kaiser auf, Kaiser zu sein. Denn der Kaiser besteht ursprünglich nicht kraft der Reichsverfassung, sondern kraft der freien Willensbestimmung der deutschen Fürsten. Es steht auch keiner einzelnen Bundesregierung frei, „Sezession zu treiben und auszutreten,“ denn das Reich ist unauflösbar. Aber seine Verfassung ist nicht unabänderlich, das beweist gerade der Reichstag mit seinem Diätenverlangen am handgreiflichsten. Ebenso wenig kann es einem Zweifel unterliegen, daß, wenn die heutigen verfassungsmäßigen Lebensbedingungen des Reiches nicht mehr ausreichen, die Erfüllung seiner Staatszwecke zu sichern die Bundesregierungen berechtigt und durch den Bundesvertrag verpflichtet sein würden, andre Verfassungsbedingungen vorzuschlagen. Der Reichstag hätte selbstverständlich das Recht, einen solchen Vorschlag anzunehmen, abzulehnen oder zu modifizieren, die Regierungen aber würden sich darüber klar sein müssen, was sie im Falle der Ablehnung oder der Modifikation zu tun gedenken. Denn selbstverständlich könnte eine solche Aktion nur unternommen werden, wenn man entschlossen wäre, sie auf alle Konsequenzen hin durchzuführen.

Das sind nur akademische Betrachtungen, und auch Herr von Jagemann hat inzwischen durch eine von ihm veröffentlichte Erklärung ausgesprochen, daß er seiner Studie keine andre Bedeutung beimißt und beigemessen sehen will. Aber es ist immerhin ein Zeichen der Lage, daß sich ernste Politiker mit solchen Erwägungen befassen. Ohne die Veranlassungen, die unsre innere Lage bietet, würde niemand solchen Sorgen zugänglich sein. Deswegen hat denn auch der Reichskanzler den bekannten Reden der Herren von Manteuffel und Graf Mirbach im Herrenhause die Bedeutung geschenkt, die sie als Zeichen einer wachsenden Beunruhigung über die mangelnde Pflichterfüllung des Reichstags gegenüber dem Reich bei dem wachsenden Terrorismus und der wachsenden Massenherrschaft der Sozialdemokratie unbedingt haben.

Unsre im vorigen Heft bekundete Auffassung der Kanzlerkrisengerüchte hat seitdem auch eine offiziöse Bestätigung erfahren. Man darf sich fast wundern, daß eine solche für die Logik des gesunden Menschenverstandes noch nötig war, aber es mag von Nutzen gewesen sein, festzustellen, daß die von einigen Blättern aufgezählten Differenzpunkte zwischen Kaiser und Kanzler nicht vorhanden sind.

Auch die Konservativen haben sich gegen die Unterstellung verwahrt, daß die im Herrenhause zum Ausdruck gebrachten Klagen über die Sozialdemokratie der Beginn eines Feldzugs gegen den Kanzler gewesen seien; tatsächlich haben diese Reden doch nur die Bedeutung einer stärkern Annäherung an die Krone auf dem Boden der allgemeinen Reichs- und Staatsinteressen. Die Entfremdung, die sich im Laufe dieser letzten vierzehn Jahre mehrfach wiederholt und zuletzt stark vergrößert hatte, sehr zum Schaden unsrer gesamten innern Entwicklung, beginnt damit rückläufig zu werden. Es liegt wohl auch hierin ein Anzeichen dafür, daß die konservativen Parteien des Abgeordnetenhauses den Widerstand in der Kanalfrage aufgeben und langsam vielleicht, aber bestimmt ihre seitherige Oppositionsstellung verlassen werden. Für Preußen sowohl als für das Reich ist das — wir wiederholen es — eine Staatsnotwendigkeit ersten Ranges, Deutschland braucht einen stärkern konservativen Einfluß zumal in der Reichsgesetzgebung und auch sonst im Reichstage. Der Reichstag bekundet von Session zu Session mehr die Neigung mit Anträgen und Resolutionen in die Interna des Herrenhauses wie überhaupt der Dienstpragmatik einzugreifen; eins der letzten Beispiele dieser Art war die Resolution Groeber wegen des Militärstrafgesetzes. Nun kann man ja der Ansicht sein, daß es besser sei, die nichtsozialdemokratischen Parteien legten den Finger auf ersichtliche Mängel, als wenn das immer nur den Sozialdemokraten überlassen bliebe. So haben wir es immer als einen Fehler der Konservativen erachtet, daß

sie sich der Lehrer und der Unterbeamten nicht mehr angenommen, sondern alle Verbesserungsanträge der Linken überlassen haben. Sie haben sich dadurch namentlich den Lehrerstand recht unnötig entfremdet.

Die Sozialdemokraten wissen aber aus allem Leder Niemen zu schneiden und rufen ihren Genossen zu: Seht, die Zustände sind so schlecht, daß sogar die bürgerlichen Parteien es nicht länger mit ansehen können! Daß die Resolution Groeber auf absehbare Zeit eine praktische Folge haben werde, haben die Antragsteller wohl selber nicht erwartet, es ist das nach der Stimmung der leitenden Kreise vollständig ausgeschlossen. Das Bedenkliche solcher Anträge besteht aber darin, daß während ihnen nicht selten nur ein *ut aliquid focisse videatur* zugrunde liegt, im Volke und in der Armee selbst die Anschauung verbreitet wird, daß ohne das Eingreifen des Reichstags den Soldaten das schwerste Unrecht geschehe. Wir haben uns aus demselben Grunde ehemals mißbilligend gegen die Urlaubs- und die Reisegeldresolutionen, gegen die Einmischung in die Beurlaubungsverhältnisse der Postbeamten usw. ausgesprochen. Der Reichstag, will er ehrlich die Geschäfte des Landes und nicht die augenblicklichen Interessen der Parteien fördern, sollte die Finger von diesen Dingen lassen und sozialdemokratische Initiativen eher ablehnen als unterstützen; er betritt damit ein gefährliches Gebiet. Das Vertrauen des Soldaten zu seinem Offizier ist die erste Bedingung jedes militärischen Erfolges im Kriege, es muß also im Frieden auf jede Weise gepflegt werden und verträgt keine parlamentarische Einmischung. Viel eher könnte man die Frage aufwerfen, ob unser Militärstrafgesetz gewissen Theorien zuliebe nicht in der „Modernisierung“ viel zu weit geht, ohne aber dabei die Sache, worauf es ankommt, wirklich und wirksam zu treffen. Wir demokratisieren viel zu viel, im großen wie im kleinen, und wundern uns hinterher, daß die stark abgetragenen Pfeiler das Haus nicht mehr stützen wollen. \*g\*

Sind die „Grenzboten“ ernst zu nehmen? Diese sonderbare Frage wirft das Leipziger Tageblatt Nr. 256 in einer Erwiderung auf eine scharfe Abfertigung seiner Haltung gegenüber dem Reichskanzler auf und beantwortet sie, was wir doch unsern eignen Lesern nicht vorenthalten wollen, mit nein. Und warum? Weil in den „unmaßgeblichen Grenzboten“ „politische Kinder ihr Spiel treiben — schon seit langer Zeit.“ Wir verzichten auf eine Antikritik, aber das wollen wir wenigstens verraten, daß nach dem Urteil recht ernst zu nehmender Männer hier in Leipzig, die zu den Grenzboten gar keine Beziehungen haben, der Ton, worin das Leipziger Tageblatt seit einiger Zeit schreibt, namentlich der Ton der in der Tat oft recht „unmaßgeblichen“ und oft auch recht „unziemlichen“ Leitartikel, immer unerträglicher wird, zumal nichts dahinter steckt als die geschäftliche Spekulation, ein Konkurrenzblatt an Sensation zu übertrumpfen. Wenn die jungen Herren dabei unsern Artikel im letzten Novemberheft über „das rote Gespenst“ eine Blamage nennen, so entspricht das durchaus dem Grade ihrer Intelligenz. Die Nachwahlen, die seitdem vorgenommen worden sind, haben erwiesen, daß wir völlig im Recht waren, als wir warnten, vor dem In- und Auslande „Feuer“ zu schreien, solange die vereinten Kräfte der bürgerlichen Parteien noch völlig ausreichen, das Feuer zu löschen und des roten Gespenstes Herr zu werden.

Wenn nun das Leipziger Tageblatt erklärt, in dem besondern Falle „einmal so tun zu wollen, als ob die Grenzboten ernsthaft zu nehmen wären,“ so geschieht das nur „gewisser Manen wegen,“ d. h. zu deutsch in Erinnerung an Gustav Freytag, der sie im Dezember 1870 im Stiche ließ, und an die achtziger Jahre, wo sie oft genug das freiwillige Organ des Fürsten Bismarck gewesen sind. Soll diese Erinnerung etwa eine Mahnung für uns sein, reuig in uns zu gehn und — ja was denn? Der nationale Liberalismus, den Gustav Freytag vertrat, ist, weil er die Zeichen der Zeit nicht verstanden hat, leider so herabgekommen, daß

er wenig andres mehr ist als eine Interessenvertretung, die sich mit dem zer-  
schliffenen Gewande alter Parteiprogramme drapiert, aber schlechterdings keinen  
neuen politischen Gedanken mehr hat, und Fürst Bismarck, dem die Grenzboten  
mit Hingebung gedient haben in einer Zeit, wo er von allen Seiten angefeindet wurde,  
ist bekanntlich vor vierzehn Jahren aus dem Amte geschieden und seit fast sechs Jahren  
tot. Die Grenzboten aber sind immer mit den aufsteigenden Mächten des deutschen  
Lebens gegangen, wie es ernsten Politikern ziemt, die nicht Parteimänner sind, also  
mit der nationalen Idee und mit dem Liberalismus, solange dieser ihr Hauptvertreter  
war, mit dem großen Kanzler, als er neue Bahnen einschlug, auf denen ihm die  
Liberalen nicht folgen wollten, mit dem Kaiser, als er die Nation aus der Binnensee  
einer wesentlich europäischen Politik auf das hohe Meer der Weltpolitik hinausführte,  
ohne in der Nation das rechte Verständnis dafür zu finden. Die Grenzboten  
sind stolz auf ihre großen Erinnerungen, aber für die lebendige Gegenwart  
lassen sie sich daraus keine Fesseln schmieden, und noch weniger aus einer Partei-  
schablone. Ob das Leipziger Tageblatt sie ernst nimmt oder nicht, ist ihnen völlig  
gleichgiltig; sie haben ihren festen, sich fortwährend erweiternden Leserkreis, und sie  
erhalten so häufig zustimmende Erklärungen aus Nord und Süd, daß sie sich der  
Überzeugung nicht verschließen können: außerhalb der Kreise des Leipziger Tage-  
blattes werden sie für recht ernst genommen. Sie verwehren auch keinem andern  
Blatte, eine abweichende Meinung zu äußern, und „verdächtigen“ deshalb niemand;  
sie überlassen es auch dem Amtsblatt für eine Reihe königlicher und städtischer  
Behörden, der Reichsregierung auf Schritt und Tritt eine absolut unreife Oppo-  
sition zu machen, und sie sind nicht im mindesten von dem Bekenntnis erschüttert,  
daß das Leipziger Tageblatt zu dem gegenwärtigen Reichskanzler, „diesem lächelnden  
Salonästheten“ (wie geist- und geschmackvoll!), gar kein Vertrauen habe — darauf  
kommt ja nichts an —, aber sie verlangen auch von Blättern anderer Richtung, daß  
man ihre Meinung als eine auf ehrlicher Überzeugung beruhende anerkenne, und  
wo sie auf Kleinlichkeit und Kurzsichtigkeit, auf Unziemlichkeit und hämische Bosheit  
treffen, da schlagen sie los. Um das Leipziger Tageblatt freilich werden sie sich  
in Zukunft nicht mehr kümmern, um ihm zu keiner größeren Bedeutung zu verhelfen,  
als die es sich selbst verdient.

Damit Schluß für immer gegenüber dem L. T.!

Kl.

Zum Konfessionsfrieden. Es gehört eine gute Portion Optimismus  
und Idealismus dazu, wenn man bei den unsagbar traurigen Verhältnissen, bei  
den über alle Maßen zugespitzten Gegensätzen, in die heutzutage Protestantismus  
und Katholizismus geraten sind, überhaupt noch Lust und Mut hat, ein Thema  
zu berühren, dessen Besprechung völlig wirkungslos erscheint. Wenn wir es gleich-  
wohl versuchen, so geschieht es deshalb, weil in der allerjüngsten Zeit nun auch in  
der führenden katholischen Presse einzelne Stimmen laut werden, die die Schuld  
an der so betrübenden Zeiterscheinung nicht mehr ausschließlich bei den Evan-  
gelischen suchen. Dahin rechnen wir eine längere Betrachtung in Nummer 348  
der Kölnischen Volkszeitung, die das unverkennbare Bestreben zeigt, die dem  
deutschen Volk so notwendige Friedensstimmung mit vorbereiten zu helfen. Eben  
deshalb unterlassen wir jegliche Polemik über die Stellen, die wir nicht unbean-  
standet lassen dürften, sondern heben mit Befriedigung ein paar Sätze hervor,  
deren Tonart und Gedankeninhalt wir die weiteste Verbreitung wünschen möchten.  
Wir kommen nicht eher zur Stille, zur Ruhe, zum Frieden, als bis der Geist,  
die Gesinnung, die Stimmung, die in der erwähnten Erörterung wohlthuend be-  
rühren, in beiden Lagern Wurzel fassen und um sich greifen.

Der Verfasser sagt dort: „Es fällt uns nicht ein, alle Schuld an diesem  
Prozeß ausschließlich auf der Gegenseite zu sehen. Es wäre auch mehr als  
sonderbar, wenn in einem Kampfe von solchem Umfang, solcher Dauer und solcher  
Erbitterung der eine Teil lediglich sündigte und der andre lediglich duldete. Auch

auf katholischer Seite sind Fehler gemacht, ist die Wahrheit, Gerechtigkeit und christliche Liebe manchmal verletzt worden, wenn auch in geringerem Grade usw.“ In der Tat, das ist die Aussprache eines Mannes, der sich Objektivität gewahrt hat. Man fahre nur auch in diesem Geleise manchmal fort, an der Resonanz auf evangelischer Seite wird es dann nicht fehlen. Freilich wird noch eine gewisse Zeit vorübergehen müssen. Die Verbitterung und die Verstimmung sitzen zu tief, als daß sie über Nacht verschwinden könnten. Bufenbacher, Berlichingen, Denifle haben furchtbar viel böses Blut gemacht. Die Aufhebung des bekannten Jesuiten-gesetzparagraphen hat Tausende und Abertausende auf das tiefste erregt. Die flammenden Proteste waren keine Pastorenmache, sondern kamen vielfach aus der Volksseele. Die Mahnungen zur Besonnenheit und Nüchternheit waren ganz umsonst, weil die Jesuiten und alles, was an sie erinnert, was mit ihnen zusammenhängt, dem protestantischen Volk nicht bloß verdächtig, sondern durchaus verhaßt sind.

Geben wir uns keiner Täuschung darüber hin: die Erregung ist nicht erkünstelt. Die Wogen gehen von Woche zu Woche höher. Von einem Abflauen der Bewegung ist wenigstens in der nächsten Zeit keine Rede. Es ist auch nicht etwa nur die eine oder die andre Stadt, die hierin besonders hervortritt. Nein, es gibt kaum ein deutsches Gebiet, das da unberührt wäre. In Nord und Süd, in Ost und West — überall dasselbe Bild. Der Evangelische Kirchenausschuß — man mag über seine Kundgebung denken, wie man will — konnte kaum anders als sich äußern. Hätte er es unterlassen, so würde man es ihm verdacht haben. Die Kundgebung selber ist so maßvoll, so taktvoll, daß es unnötig war, daß sich die katholische Presse darüber so sehr entrüstete.

Wenn nur überall auf protestantischer Seite so Maß gehalten würde! Aber wieviel Kurzsichtigkeit und Einseitigkeit sind da noch zu überwinden, wenn es besser werden soll! Haben wir nicht gerade genug inner- und auferpolitische Kämpfe zu bestehen? Muß denn der konfessionelle Hader noch immer leidenschaftlicher werden?

In welchen Tiefstand niedriger Gesinnung sieht man hinein, wenn eine Kreuzzeitung und deren „jesuitische Mitarbeiter“ mit dem „Milliardenvermögen des Jesuitenordens“ in Verbindung gebracht werden!

Einen Denifle kann man bedauern, wenn er in seinem Haß gegen Luther dessen moralischen Totschlag versucht. Er weiß es nicht besser.

Angriffe wie der oben erwähnte rufen ein anderes Gefühl hervor; denn dort weiß man es besser. Aber vor welchen Schranken macht denn der Haß überhaupt halt, wenn er einmal blind geworden ist?

Soll die Lage besser werden, dann ist es auch notwendig, daß sich Redner und Schriftsteller wie Böhrling und Schwarz, Thümmel und Hoensbroech einer ganz andern Mäßigung befleißigen als bisher. Es ist ja ohnedies traurig genug, daß zahllose Protestanten nur noch eine Aufgabe, einen Ruf kennen: Zum Kampf und abermals zum Kampf! Wer nur eine Andeutung darüber zu machen wagt, daß die Volkswohlfahrt unter diesen Zuständen leiden muß, der wird als Verräter, als Feigling, als Streber, als Römbling gebrandmarkt.

Wir können darum Professor Otto Mayer nicht dankbar genug dafür sein, daß er angesichts dieser verfahrenen Lage den Mut hat, zu bitten: Wir müssen bei uns selber anfangen. Wir müssen uns viel mehr Mühe geben, unsre katholischen Mitbürger zu verstehen; daran fehlt es noch sehr. Wir verwenden noch lange nicht genug Sorgfalt und Besonnenheit darauf, sie nicht ohne Not zu kränken. Das ist die Wahrheit. Seien wir strenger gegen uns!

Nur dann, wenn sich solche Stimmen in beiden Lagern häufen, dann werden sie langsam und allmählich durchdringen. Und sie werden es. Das deutsche Volk als solches hat kein Gefallen an religiösem Gezänk; es widerstrebt dieses seiner innersten Natur. Es bäumt sich auf, wenn ihm etwas wider den Strich geht.

Aber es ist nicht unverföhlich. Dazu hat es zu viel Gemüt und zu viel Verstand. Es hat so viel Geschichte gelernt, daß es weiß, wie sehr seine Väter unter dem religiösen Zwiespalt gelitten haben. Es ist zu besonnen und zu klug dazu, als daß es ein Wiederaufleben der alten Kämpfe wünschte.

Eben darauf bauen wir die Hoffnung, daß auch die jetzigen kriegerischen Zeiten weichen und einem andern Geiste Platz machen werden. Je früher dies geschieht, um so besser ist es für beide Teile wie für die Gesamtheit.

Noch ist es Nacht an vielen Orten, aber da und dort bricht doch schon etwas wie Dämmerung herein. Sorgen wir dafür, daß sich die Morgenröte bald zeige. Unser Volk, das wir lieben, hat schon genug geduldet und gelitten. Es sehnt sich nach Frieden. Tragen wir das unsrige dazu bei, daß es sich dieses Friedens bald erfreue!

Ein evangelischer Geistlicher

Französische Nationalökonomie. Bei Puttkammer und Mühlbrecht in Berlin erscheint eine Sammlung: Nationalökonomische Schulen des zwanzigsten Jahrhunderts. Das erste, voriges Jahr herausgegebne Heft ist betitelt: Die französische Nationalökonomie der Gegenwart von August Béchauz, korrespondierendem Mitglied des Institut de France, Professor der Nationalökonomie der freien Universität Lille. Übersetzt und mit Anmerkungen versehen von G. Wampach, Doktor der Rechte und Doktor der Staatswissenschaften. Die beiden Verfasser bekämpfen die englischen Schulen von Adam Smith und Ricardo, die deutsche historische Schule (Roscher) und die auf den „Firtümern“ Kants, Fichtes und Hegels beruhende Staats- und kathedersozialistische Schule, empfehlen aber ihre eigne, die französische Schule, die wissenschaftlich in ihrem Verfahren; human in ihrer Lehre, liberal sei in dem Einfluß, den sie ausübe, und in der Politik, die sie inspiriere. Sie sind Feinde der Staatsallmacht, erklären alle Verheißungen eines vollkommenen Zustandes für utopisch, da ein so komplizierter Körper wie die heutige Gesellschaft nie frei von mannigfachen Gebrechen sein könne, preisen das demophile, nicht demokratische Programm des verstorbenen Papstes, wollen in der Nationalökonomie den Menschen mehr berücksichtigt sehen als die Güterproduktion, und predigen die Pflichten des Individuums, die Pflichten des Arbeiters gegen die Mitglieder der eignen Familie, deren treue Erfüllung das Eingreifen des Staates in den meisten Fällen überflüssig machen würde, die Anbahnung eines vernünftigen persönlichen Verhältnisses zwischen Mensch und Mensch, auch zwischen Brotherrn und Arbeiter: friedliche wirtschaftliche und patronale Gebräuche nennen sie, was man bei uns als Industrie feudalismus denunziert. Diese eklektische Nationalökonomie ist gar nicht übel; aber daß sie „die französische“ sei, können wir nicht glauben; wenigstens spürt man in der innern französischen Politik nichts von dem Geiste der Freiheit, der sie durchweht. Daß die Zwangsversicherung der Arbeiter nicht zustande kommt, entspricht ja diesem Geiste, aber was das Zustandekommen verhindert, ist nicht dieser Geist. Der Bericht über die Geschichte der Vorlage Millerands ist das, was uns veranlaßt hat, von dem Buche Notiz zu nehmen. Der Plan eines Altersrentengesetzes wurde in sechzehn Sitzungen der Kammer beraten, und diese nahm am 2. Juli 1901 den ersten Artikel in folgender Fassung an: „Jeder Arbeiter oder Angestellter, jedes aktive oder nicht aktive Mitglied einer Arbeitergenossenschaft hat, unter den von gegenwärtigem Gesetze bestimmten Bedingungen und unter der Voraussetzung der französischen Staatsangehörigkeit, nach erreichtem fünfundschzigsten Lebensjahre Anspruch auf einen Ruhe- oder eintretendenfalls einen Invalidengehalt, der monatlich auf einen vom Bürgermeister seines Wohnorts ausgestellten Lebensschein hin ausgezahlt wird.“ Den Anspruch also hat jetzt jeder Franzose, aber den Gehalt hat noch keiner und wird wohl auch sobald noch keiner bekommen. Nach Annahme des „Prinzips“ nämlich fiel es den Herren erst ein, daß man doch untersuchen müsse, wie die Sache eigentlich gemacht werden könne, und da man sich keinen Rat wußte,

beschloß man, die Interessenten zu befragen, ob die Sache überhaupt gemacht werden solle. Diese antworteten einstimmig: nein! Natürlich aus sehr verschiedenen Gründen. Das ministerielle Rundschreiben wurde an 196 Handels- und Gewerbetammern und an 7664 Syndikate, gewerbliche und landwirtschaftliche Genossenschaften gerichtet. Die eingegangnen 2380 Antworten füllen drei Bände. Von den Schreiben der Arbeitersyndikate ist das des allgemeinen Arbeiterbundes das schärfste. Der Bund verwirft die Vorlage, weil sie den Forderungen der Arbeiter nicht genüge. Sie schließe die Ausländer aus und erwähne nicht die Ehefrauen; diese Punkte müßten abgeändert, und die Altersgrenze müsse vom fünfundsiebzigsten aufs fünf- undfünfzigste Lebensjahr herabgesetzt werden. Von Beiträgen der Arbeiter könne bei den niedrigen Löhnen keine Rede sein; das erforderliche Geld möge durch folgende Maßregeln beschafft werden: Streichung des Kultusbudgets; Kürzung der Offiziersgehälter und der Beamtenbesoldungen; allgemeine Einkommen- und Luxussteuer; Abschaffung des kollateralen Erbrechts und höhere Besteuerung der erbenden Deszendenten. Die Unternehmersyndikate aber verwarfen die Vorlage aus folgenden Gründen: weil sie 1. die Freiheit sowohl der Unternehmer als auch der Arbeiter gefährde; 2. das freie Verfügungsrecht des Arbeiters über den verdienten Lohn beschränke; 3. weil die Industrie die ihr zuge dachte Last nicht zu tragen vermöge; 4. weil die vorgeschlagne Reform wahrscheinlich eine gefährliche Stodung des Erwerbslebens verursachen würde; 5. weil sie die Zahl der Beamten erhöhe, statt sie zu vermindern; 6. weil es ungerecht sei, eine im Interesse der Gesamtheit geschaffne Würde der Industrie allein aufzulegen; 7. weil Werke der sozialen Fürsorge freiwillig geübt und nur in Notfällen vom Staate veranlaßt werden sollen. Seitdem ruhen alle Wälder; Regierung und Parlament beschäftigen sich ausschließlich mit Kulturkampf, die Zeitungen mit diesem und mit der Affäre, die invaliden Arbeiter aber bleiben vorläufig auf Almosen angewiesen. — Finanztechniker wird der Abschnitt über das französische Steuersystem und die Bankorganisation interessieren; beides erklären die Verfasser für mustergiltig. Falls das Buch eine zweite Auflage erleben sollte, möchten wir um Aufklärung über eine sehr merkwürdige und wichtige Tatsache bitten. Seite 49 wird gesagt, die Großindustrie gefährde, dank der Dezentralisation der mechanischen Motorkraft, das Kleingewerbe nicht im mindesten. Das „nicht im mindesten“ ist jedenfalls arge Übertreibung, doch hat Béchoux für sein Vaterland wenigstens einigermaßen recht, während, von England nicht zu reden, Werner Sombart in seinem großen Werke über den modernen Kapitalismus dem deutschen Handwerk ein baldiges Ende prophezeit und den Kleinmotoren die Fähigkeit, den Kleinbetrieb zu retten, rundweg abgesprochen hat. Nun kennen wir zwar einen Hauptunterschied zwischen England und Frankreich, der hier in Betracht kommt, daß nämlich jenes vorzugsweise gleichartige Massenwaren, dieses Luxusartikel liefert, die individualisierenden Kunstgeschmack und ebensolche Kunstfertigkeit verlangen; aber da Sombart gezeigt hat, wie sich in Deutschland der Großbetrieb auch dieser Anforderung gewachsen zeige, so möchten wir doch gern über den gegenwärtigen Zustand des französischen Kleingewerbes und von den Umständen, denen es seine Erhaltung verdankt, etwas Näheres erfahren.

Herausgegeben von Johannes Grunow in Leipzig

Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquart in Leipzig

